

habe.<sup>301</sup> Aus den Gestapo- und SD-Meldungen wird ersichtlich, dass für die deutschen Stellen, insbesondere das RSHA, die Bereinigung der Angelegenheit Blaschke «ausserordentlich eilig» war.<sup>302</sup> Die Beziehung Blaschkes zum SD stand unter Geheimhaltung, auf seine Person bezogen sich die internen Korrespondenzen unter stereotyper Verwendung des Decknamens «Hacker(t)». Als eine Zusammenarbeit mit den liechtensteinischen Behörden erforderlich wurde, sollte Blaschke als normaler Kriminalfall gelten; gegenüber dem Unterhändler Karl Kriener von der Gestapo Feldkirch unterstrich der SD-Führer Dauser: «Dr. Vogt soll nicht erfahren, was hinter der ganzen Angelegenheit steckt».<sup>303</sup> Woher rührte die alarmierte Stimmung beim RSHA und die wiederholte Befürchtung, die Schweizer Behörden würden Rudolf Blaschke in Gewahrsam nehmen? In der ersten Meldung des Gestapokommissars Hübner wurde lapidar von der «Festnahme des im Auftrage des Amt VI des RSHA tätigen Hans Hackert» gesprochen. Eine gute Woche später begab sich dessen «Geschäftspartner» Friedrich Schwend nach Feldkirch, ebenso der SS-Führer Groebl vom RSHA Amt VI (SD Ausland).

Aufgrund der damaligen Korrespondenz und der nach dem Kriege erhobenen Auskünfte zu deutschen Geheimdienstunternehmen lässt sich die Dimension des Falschgeldfalles «Blaschke-Swend» abschätzen. Friedrich Schwend war einer der erfolgreichsten deutschen Devisenvertreiber und -beschaffer im Dienste der SS, des Reichsfinanzministeriums und der militärischen Abwehr.<sup>304</sup> Sein Deckname war «Wendig» (sic!).<sup>305</sup> Rudolf Blaschke war einer von Schwends Agenten. Seit Sommer 1942 ging eine Spezialabteilung des Amtes VI daran, falsche Pfundnoten in grosser Auflage zu drucken.<sup>306</sup> Damit sollten einerseits das britische Währungssystem gestört, andererseits Devisen zur Finanzierung eigener Geheimoperationen beschafft werden. Friedrich Schwend organisierte als logistischer Kopf des Unternehmens «Bernhard» den Vertrieb in Europa. Der damals 27-jährige SS-Obersturmführer Wilhelm Groebl war Schwend vom Amt VI als «Führungsmann» zugeteilt.<sup>307</sup> Als der Pfundvertrieb Blaschkes in Liech-

tenstein und der Schweiz aufflog, war auch Groebl beunruhigt und instruierte die lokalen Stellen. Huebner berichtete am 10. Dezember, dass Groebl mit ihm gesprochen habe: «Der Fall ist einer der delikatesten überhaupt. Ausser dem Reichsführer [Heinrich Himmler, d. Verf.] ist nur er [Wilhelm Groebl, d. Verf.] und ein SS-Führer der SD-Leitstelle München orientiert. Selbst Dauser kennt die Zusammenhänge nicht.»<sup>308</sup> Allerdings deckte der SD noch weitere Verbindungen. In einem Bericht des Reichsfinanzministeriums wird zum Fall «Blaschke» nach Abschluss dem Auswärtigen Amt gemeldet: Blaschke sei Ende November 1942 in die Schweiz gereist, um unter anderem «einen Auftrag zu erledigen, der unmittelbar vom Reichswirtschaftsministerium ausging und sich auf Devisen bezog.»<sup>309</sup> Die SD-Führung in Berlin dürfte nach Bekanntwerden der «Panne» in Liechtenstein das grösste Interesse an einer Bereinigung in ihrem Sinne gehabt haben. Eine Auslieferung des Devisenagenten an die Schweizer Behörden hätte das laufende Falschgeld-Unternehmen einschliesslich der damit betrauten Personen gefährdet. Diese Dimensionen des Falles Blaschke blieben den Liechtensteinern verborgen. Allerdings war auch ihnen, der Regierung und dem Landrichter Risch, klar, dass mit Blaschke kein gewöhnlicher Straftäter einsass. Alois Vogt erinnerte sich, dass Kriener bei seinen Vorsprachen immer andeutungsweise geäussert habe: ««man glaubt bei uns», «man hofft bei uns»».<sup>310</sup> Die Übergabe des ad hoc ausgestellten Auslieferungsantrags gab Hoop und Vogt Anlass, die Rechtswege der Gestapo als vorgeschützte Formalie einzuschätzen und die Justiz für eine baldige Erledigung einzubinden. Schliesslich habe die Regierung Landrichter Risch um die Beschleunigung der Untersuchung gebeten.<sup>311</sup> Indem zugleich der Schein der Legalität gewahrt wurde, suchten sich die Liechtensteiner gegenüber den Schweizer Behörden abzusichern. Alois Vogt habe bei der Lagebesprechung am 17. Dezember darauf hingewiesen, dass eine Kautionsstellung und ein Einvernahmeprotokoll von Schwend vorliegen sollten, «falls die Schweizer Akteneinsicht verlangen würden».<sup>312</sup>